

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 15.10. – 19.10.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.  
Machen Sie mit.



SPD

## Inhalt

1. **Schwarz-Gelb blockiert neue Transparenzregeln**
2. **Unser Kanzlerkandidat. Peer Steinbrück**
3. **Energiewende: Sozial verträglich und dezentral**
4. **Nationaler Radverkehrsplan: Ramsauer bremst Fahrradfahrer aus**
5. **Jugendlichen ein Recht auf Ausbildung geben**

## Schwarz-Gelb blockiert neue Transparenzregeln

"Wer bei sich selbst Transparenz verhindert, aber von anderen Transparenz fordert, der ist ein Pharisäer und ein scheinheiliger Zeitgenosse", erklärte unser Parlamentarischer Geschäftsführer Thomas Oppermann in einer Aktuellen Stunde am Donnerstag. Recht hat er!

Zuvor war die Entscheidung zu Nebeneinkünften von Abgeordneten in der Rechtsstellungskommission erneut vertagt worden. Offensichtlich scheut diese Koalition mehr Transparenz wie der Teufel das Weihwasser. **Wir pochen weiter auf unseren Vorschlag, Nebeneinkünfte auf Euro und Cent detailliert anzugeben. Unter Berücksichtigung schützenswerter Daten bei bestimmten Berufsgruppen wollen wir auch die Art der Tätigkeit und Namen und Sitz des Arbeits- oder Auftraggebers veröffentlicht wissen.**

Ausgerechnet Union und FDP mauern seit Jahren bei einer Verschärfung der Offenlegungspflichten und scheuen in Sachen „Nebeneinkünfte“ das Licht der Öffentlichkeit. Denn viele, die bei Steinbrück am lautesten geschrien haben, waren im Umgang mit ihren eigenen Nebeneinkünften nicht gerade ein Beispiel an Transparenz. Mit ihren Angriffen auf Peer Steinbrück hat sich Schwarz-Gelb selbst ein Bein gestellt. Dobrindt, Döring und Co. hatten wohl schlicht vergessen, dass SPD und Grüne bereits seit drei Jahren in der Rechtsstellungskommission für neue Transparenzregeln kämpfen und immer wieder von Schwarz-Gelb ausgebremst wurden.

## Unser Kanzlerkandidat. Peer Steinbrück

Am Dienstag diskutierten wir lange mit unserem Kanzlerkandidaten Steinbrück in der Fraktion und am Donnerstag fand das erste Rededuell Merkel/Steinbrück im Plenum statt. Thema war der bevorstehende EU-Gipfel.

Während die Kanzlerin etwas langatmig ihre Europapolitik zu erklären versuchte, parierte Peer Steinbrück staatstragend, glasklar und unterhaltsamer. Er begann seine Rede mit einem Dank an das Nobelpreis-Komitee für die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU. „Wir freuen uns darüber; Die Entscheidung zeigt, das Europa mehr ist als ein Wechselbalg der Ratingagenturen“, sagte Steinbrück.

Während Merkel bisher immer die strikte Sparkommissarin gegeben habe, wolle sie auf einmal Solidarität und Wachstum. Genau das fordern wir Sozialdemokraten bereits seit zwei Jahren! Merkel macht erneut eine Kehrtwende und übernimmt unsere Positionen. Soweit, so gut. Aber leider wieder viel zu spät. Jetzt rede die Kanzlerin von Solidarität, so Steinbrück, habe aber im Sommer das Mobbing von CDU/CSU und FDP und hier besonders von Dobrindt, Söder, Brüderle, Rösler und Döring gegen Griechenland zugelassen. Viel zu spät spricht sich die Kanzlerin für einen Verbleib des Landes im Währungsraum aus. Steinbrück forderte Merkel auf, den Menschen endlich die Wahrheit zu sagen.

In einem Entschließungsantrag (Drs. 17/11003) haben wir unsere Ziele formuliert: Die SPD erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Ziele des Wachstums- und Beschäftigungspaktes für Europa entschlossen und kontinuierlich vorantreibt. Den Ankündigungen müssen endlich Taten folgen. Neben soliden öffentlichen Finanzen brauchen die notleidenden Staaten Wachstumsimpulse. Die Regierung soll, laut SPD-Antrag, dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa höchste politische Priorität beimessen und eine mittel- und langfristig nachhaltige Strategie zur Bekämpfung und Prävention von Jugendarbeitslosigkeit entwickeln. Leider wurde unser Antrag wieder einmal von der schwarz-gelben Mehrheit im Parlament abgelehnt.

## Energiewende: Sozial verträglich und dezentral



Gerade in unserer Region erleben wir tagtäglich, dass Strom aus Erneuerbaren Energien eine gute Sache ist. Nicht nur, dass er klimafreundlich ist, er schafft auch Arbeitsplätze und regt zu Innovationen an.

**Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hessens Norden stehen für eine dezentrale, sozial gerechte und transparente Energiewende.** Was Schwarz-Gelb in Berlin gerade anzettelt, lassen wir daher nicht unkommentiert! Sicher, die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare bis zum Jahr 2050 ist ambitioniert. Hätte Schwarz-Gelb Deutschland nicht bereits mit

dem „Ausstieg aus dem Ausstieg“ ein ganzes Stück zurückgeworfen, sähe es heute vermutlich etwas besser aus. Aber damit nicht genug: Merkel und Co. fördern Großprojekte (beispielsweise einseitige Bevorzugung großer Off-Shore-Windanlagen in der Nordsee) und sichern energieintensiven Großunternehmen sehr kulante Sparpreise zu. Dazu kommt noch eine große Verunsicherung der gesamten Energiebranche durch eine unzuverlässige Politik. Zusammen mit der Tatsache, dass der Energiepreis und die EEG-Umlage steigen, ergibt sich daraus eine **fatale Schieflage: Einkommensschwächere Haushalte können die zu hohen Energiekosten kaum noch schultern.** Sonne und Wind schicken aber keine Rechnung. Schuld an der Schieflage ist eine verfehlte Politik der Berliner Koalitionäre. Was wir brauchen ist eine **konsistente Energie-Strategie:**

- Wir unterstützen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, denn nur so **bleiben** auch die **Gewinne in der Region.**
- Die SPD bietet **Konsensgespräche** mit allen Akteuren über die Gestaltung der Energiewende an.

- Wir wollen **Handel mit Grünstrom optimieren**, damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher etwas davon haben.
- Die SPD steht für ein **besseres Verhältnis von Kosten zum Ertrag**. Dazu gehört auch, dass wir die Begünstigung von Unternehmen bei Steuern und Umlagen begrenzen wollen. Das heißt: wer nachweislich im globalen Wettbewerb steht, ist zu entlasten, soll aber im Gegenzug auch deutlich mehr in Energieeffizienz investieren.

Begleitend zu diesen Maßnahmen stellen wir uns vor, dass diejenigen, die Energie an den Endverbraucher verkaufen, auch Angebote zum **Energiesparen** und zu mehr **Energieeffizienz** machen. Auch eine Energieberatung lehnen wir nicht ab. Eventuell wären sogar Zuschüsse für Familien mit geringem Einkommen möglich, damit auch sie sich sparsame Elektrogeräte leisten können. **Denn für uns alle gilt: Stromsparen ist unsere beste Energiequelle!**

→ **Veranstaltungshinweis:** Wer sich über die Zukunft der Erneuerbaren Energien in Nordhessen informieren möchte, kann sich jederzeit mit uns Verbindung setzen. Gerne beantworten wir Fragen, beispielsweise auch heute Abend ab 19 Uhr in Eppo's Clubhaus in der Damaschkestraße 35 in 34121 Kassel. Hier diskutieren Uli Gottschalck und Ullrich Meßmer zusammen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ulrich Kelber über die Energiewende. Kelber ist im Vorstand der SPD für die Bereiche Umwelt, Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz und Landwirtschaft zuständig.

## Nationaler Radverkehrsplan: Ramsauer bremst Fahrradfahrer aus

Fahrradfahren ist gesund, umweltfreundlich und kostengünstig. Der Ausbau des Fahrradverkehrs erhöht die Lebensqualität, senkt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und macht Städte und Gemeinden lebendiger. Wir haben also sehr gute Gründe, den Fahrradverkehr zu fördern. Dies haben sozialdemokratische Verkehrspolitikerinnen und -Politiker früh erkannt. Der erste Radverkehrsplan war ein Quantensprung, weil sich sozialdemokratische Bundesverkehrsminister zu einer aktiven Rolle bei der Förderung des Fahrradverkehrs bekannt haben.



Nun haben wir den am 5. September 2012 von der Bundesregierung beschlossenen neuen „Nationalen Radverkehrsplan 2020“ (NRVP) mit vielen Ankündigungen vorliegen. Leider stehen die Pläne des NRVP im krassen Gegensatz zur politischen Realität und dies liegt an **Bundesverkehrsminister Ramsauer. Seine Radverkehrspolitik ist unglaublich. Er will den Anteil des Fahrradverkehrs erhöhen, kürzt aber die Mittel!** 2010 waren noch 100 Millionen Euro im Haushalt, für 2013 sind nur noch 60 Millionen vorgesehen. Anstatt sich als Impulsgeber für Fahrradverkehr zu profilieren, verweist die Bundesregierung immer wieder auf die Zuständigkeit der Länder und Kommunen und „spielt Schwarzer Peter“. Populistisch bedient der Minister mit öffentlichen Äußerungen über sogenannte „Kampfradler“ negative Vorurteile, leugnet aber, dass das Auto immer noch der Hauptverursacher von Unfällen im Straßenverkehr ist.

Im NRVP fehlen konkrete ambitionierte Ziele und die verbindliche Finanzierung einer engagierten Fahrradpolitik des Bundes. Mit unserem **Antrag** fordern wir die Bundesregierung auf, das Fahrradfahren in Deutschland weiter ernsthaft zu fördern und starke Impulse zu setzen.

## Jugendlichen ein Recht auf Ausbildung geben

Es herrscht ein Missverhältnis in Deutschland: Während (zu) viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, kann jeder dritte Betrieb freie Plätze nicht besetzen. Wir haben auch dazu einen **Antrag** eingebracht, denn wir finden, damit muss Schluss sein! Wir plädieren dafür, dass Jugendlichen ein Recht auf eine qualifizierte Ausbildung garantiert wird. **Junge Menschen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz sollen einen öffentlich geförderten Ausbildungsplatz erhalten.**

Wir wollen damit erreichen, dass Jugendliche nicht mehr im sogenannten „Übergangssystem“ festhängen und keine Perspektive haben. Dazu gilt es, gemeinsam mit den Bundesländern, den Übergang von Schule in den Beruf zu verbessern und die Berufseinstiegsbegleitung zu stärken. Ausbildungsbegleitende Hilfe soll nach unseren Vorstellungen einen höheren Stellenwert einnehmen. Aber auch schon vorher, in der Schule, muss den Jugendlichen die Orientierung erleichtert werden. Sonst stehen sie nach dem Abschluss ohne Richtschnur da und wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen. Dasselbe gilt natürlich auch bei der Weiterqualifizierung junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss haben. Um es mit dem Worten von Hannelore Kraft zu sagen: „Wir lassen kein Kind zurück“. Das gilt auch für die Ausbildung der jungen Menschen in unserem Land.



**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

**V.i.S.d.P.:**  
**Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer**  
**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Artikelbilder: fotolia**